

Friedensprozeß bleibt auf Erfolgskurs

Oskar Flück

Die aktuellen Entwicklungen geben weiterhin zu Hoffnungen Anlaß. So gab die LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*) definitiv ihre Forderung nach einem eigenen Staat auf. Sie akzeptierte auch Minderheitenrechte und das Recht anderer politischer Gruppen auf Bewegungsfreiheit. Andererseits stimmte die srilankische Regierung bei den Friedensgesprächen vom 2. bis 5. Dezember einer föderalen Lösung mit weitgehender Autonomie für die historischen Siedlungsgebiete der tamilischsprachigen Minderheit zu. Eine erste Friedensdividende konnte die Regierung bereits einfahren: In der Rangliste des *World Economic Forums* über die Wettbewerbsfähigkeit der Nationen rückte Sri Lanka 2002 vom 58. auf den 47. Rang vor. Es bleiben aber genügend Fallstricke, die den Friedensprozeß noch gefährden können.

Die Friedensgespräche von Sattahip

Bisher haben drei Runden der Friedensgespräche sowie eine Geberkonferenz stattgefunden. Die erste Friedensrunde vom 16. bis 18. September in Sattahip (Thailand) stand im Zeichen vertrauensbildender Maßnahmen und des Verzichts der LTTE auf einen eigenen Staat. Es wurde ein gemeinsamer Ausschuß gegründet, welcher sich mit dem Wiederaufbau und mit Problemen im humanitären Bereich beschäftigt. Dieser soll einen Maßnahmenkatalog ausarbeiten und ausländischen Geberländern vorlegen, damit eine Finanzierungsquelle erschlossen wird. Bereits diese erste Gesprächsrunde unter Vorsitz des norwegischen stellvertretenden Außenministers Vidar Helgesen darf als Erfolg gewertet werden. Gefährdet wurde der Friedensprozeß ein erstes Mal ernsthaft, als am 9. und 10. Oktober bei Unruhen in Trincomalee und im Ampara-Distrikt zehn Tamilen umkamen und Dutzende verletzt wurden. Doch hielt er der Belastung stand, indem deeskalierende Maßnahmen von beiden Parteien ergriffen wurden. Der Leiter der norwegisch geführten SLMM (Sri Lanka Monitoring Mission), Furuhoide, ermahnte sowohl Armee und Polizei als auch die LTTE zu

mehr Disziplin; die Zivilbevölkerung rief er zur Zurückhaltung auf. Die Regierung schickte Untersuchungskommissionen und Minister in die betroffenen Gebiete. Die LTTE betonte, daß Friedenslösungen auf der Basis, daß sie selbst eine Armee, Marine, Polizei und ein eigenes administratives und gerichtliches System aufgebaut hat, erfolgen müssen. Ausgerechnet zum Auftakt der zweiten Friedensgesprächsrunde fällt der Oberste Gerichtshof in Colombo ein hartes Urteil gegen den abwesenden LTTE-Führer Vellupillai Prabhakaran: 200 Jahre Gefängnis wegen der Planung des Bombenanschlages auf die Zentralbank von Sri Lanka 1996, wobei 91 Menschen starben.

Die Friedensgespräche von Nakhon Pathom

Vom 31. Oktober bis zum 3. November fand in Nakhon Pathom (Thailand) die zweite Friedensgesprächsrunde statt. Ein positives Zeichen setzte bereits der Umstand, daß die Delegationen im selben Flugzeug anreisten. Die Konferenz brachte vor allem im organisatorischen Bereich weitere Fortschritte und beschloß die Vorbereitung einer politischen Lösung: Regelmäßige Konsultationen zwischen Armee und LTTE, neue Kontaktstellen der SLMM - speziell auch bei Konflikten zwi-

schen Muslimen und Tamilen im Osten, deren Führer sich in Zukunft regelmäßig treffen sollen - eine Joint Task Force zur Vorbereitung einer Konferenz mit Geberländern, bestehend aus je vier hochrangigen Vertretern der Regierung und der LTTE (Goonatillake und Thamichelvan als Co-Leiter) unter Einbezug der Muslime auf Regierungsseite, Friedensbüros auf Dorfebene, welche Probleme vor Ort angehen und den Respekt vor Menschenrechten fördern sollen, Schutz der sinhalesischen Minderheit im Osten, die Bildung weiterer Ausschüsse in den Bezirken zur Deeskalation und Normalisierung der Verhältnisse sowie die Gründung eines Ausschusses für Sicherheitsfragen und politische Angelegenheiten und das Studium von politischen Konfliktlösungsmodellen, dem die Minister Peiris und Hakeem sowie A. Balasingham angehören.

Außerdem begann die LTTE mit der Entlassung von Kindersoldaten. Das Verhandlungsteam bestand auf Regierungsseite aus den Ministern Peiris, Moragoda und Hakeem, Generalmajor Kottegoda sowie den Beratern J. Gunaretna und Ch. Jayasekara. Die tamilische Seite repräsentierten A. Balasingham mit Frau Adele, Thamichelvan, Kommandant Karuna sowie die Berater Rudrakumar und

Maheswaran. Gemeinsam pflanzten die Delegationsleiter Helgesen, Peiris und Balasingham nach den Gesprächen einen Baum. Weitere vier Gesprächsrunden wurden fixiert. Offensichtlich konnte die Verurteilung Prabhakaran die Verhandlungen nicht torpedieren. Denn im Anschluß an diese Konferenz folgte wie vereinbart die Gründung der Unterausschüsse in den Distrikten und eines Sekretariates für humanitäre Soforthilfe und Wiederaufbaubedürfnisse in Killinochchi. Themen in den Unterausschüssen auf Distriktebene sind vor allem die Rückkehr von Flüchtlingen beziehungsweise Vertriebenen in Hochsicherheitszonen und die Öffnung gesperrter Straßen. Diese Arbeit brachte noch im November konkrete Resultate.

Die Geberkonferenz in Oslo

Somit waren alle Voraussetzungen für positive Rahmenbedingungen der am 25. November in Oslo tagenden Geber-

konferenz gegeben. Bereits am Vorabend kam es zu einem historischen Treffen zwischen Premierminister Ranil Wickremasinghe und LTTE-Chefunterhändler Anton Balasingham. Insgesamt beteiligten sich 39 Geberländer an diesem Treffen, unter den Teilnehmern der stellvertretende US-Außenminister Richard Armitage, der erstmals an einem Tisch mit offiziellen LTTE-Vertretern saß. Dieser forderte von der LTTE den offiziellen Verzicht auf Gewalt. Allgemein wurde der Pragmatismus von LTTE und srilankischer Regierung gelobt: Diese hätten Mut und politische Führerschaft bewiesen, hieß es anschließend aus dem Kreis der Konferenzteilnehmer. Insgesamt wurden 70 Millionen US-Dollar Wiederaufbauhilfe zugesagt. Allerdings sind für die Nachfolgekonzferenz in Tokyo noch weit höhere Geldbeträge in Aussicht gestellt worden, sofern der Friedensprozeß Bestand hat. Vorläufig wollen weder die USA noch Großbritannien die LTTE von der Liste der Terror-

organisationen streichen. Am Heroes-Day, der am 27. November begangen wurde, präzisierte LTTE-Führer Vellupillai Prabhakaran erstmals persönlich, daß die LTTE auf einen eigenen Staat verzichte, aber eine substantielle regionale Autonomie verlange.

Die Friedensgespräche von Oslo

Die dritte Friedensgesprächsrunde vom 2. bis 5. Dezember in Oslo fand im Schatten einer Zerreißprobe in der muslimischen Regierungspartei SLMC statt, die Minister Hakeem zur Rückreise nach Colombo zwang. Trotzdem - oder vielleicht auch gerade wegen des innenpolitischen Drucks - wird das Ergebnis der Verhandlungen von den meisten Kommentatoren als Durchbruch gewertet. So verständigten sich beide Seiten auf die Formel, gemeinsam eine politische Lösung basierend auf interner Selbstbestimmung in einer föderalen Struktur und



Die Richter des LTTE „District-Court“ (Foto: Walter Walter)

einem geeinten Sri Lanka suchen zu wollen. Damit wurden alle Erwartungen übertroffen. Über das Modell gibt es noch keine definitiven Aussagen. Bekannt ist nur, daß Balasingham das Modell Quebec in Kanada favorisiert. In der Diskussion sind auch die Modelle der Schweiz, Indiens und Australiens. Ein Teil der LTTE-Delegation traf deshalb am 9. Dezember in der Schweiz mit Vertretern des Außenministeriums zusammen. Srilankische Regierung wie LTTE sind sich bereits einig, daß eine politische Lösung eine faire und für alle Gemeinschaften akzeptable Lösung bringen muß. Dabei stehen folgende Punkte im Vordergrund:

- Machtteilung zwischen Zentrum und Regionen, und innerhalb des Zentrums,
- Definition der geographischen Regionen,
- Schutz der Menschenrechte,
- Politische und administrative Mechanismen,
- Öffentliche Finanzen,
- Gesetz und Ordnung.

Als konkrete vertrauensbildende Maßnahmen wurden beschlossen:

- Rückgabe eines der Hotels in Jaffna zur ursprünglichen Nutzung,
- alle zukünftigen Bewegungen der LTTE-Gebietskommandanten unter der Beobachtung durch die SLMM,
- die LTTE akzeptiert das Recht aller politischen Gruppen, sich auch auf Jaffna und seinen vorgelagerten Inseln politisch zu betätigen; vorausgesetzt wird, daß diese Gruppen unbewaffnet sein müssen,
- unter Regierungsführung Umsetzung einer tragbaren Lösung für die Insel Delft, wo sich aus Protest gegen EPDP-Aktivitäten Einwohner im Hungerstreik befinden,
- Wiederaufbau und Restaurierung von Kultstätten aller religiöser Gemeinschaften im Norden und Osten des Landes,
- keine Ausdehnung der LTTE-Polizei und -Gerichte in nicht von ihr dominierten Gebieten,

- Ausschuß zur Lösung von Fragen im Zusammenhang mit Privateigentum,
- Integration von Frauenanliegen in den



(Foto: Walter Keller)

Friedensprozeß,
 - Wahl von Verwaltern für Wiederaufbaufonds, deren Arbeit von Regierung und LTTE überwacht wird,
 - Verpflichtung der LTTE, in ihrem Einflußgebiet zusammen mit UNICEF die Lage der Kinder zu normalisieren.
 Die Fortschritte sind also substantiell. Innerhalb des traditionellen Siedlungsgebiets der tamilischsprachigen Bevölkerung kann es also zu einer weitgehenden Autonomie kommen. Die Opposition könnte als Spielverderber dastehen, wenn sie nun den eingeschlagenen Friedensprozeß unterbricht - sowohl im Inland als auch international. Außerdem würde der sich abzeichnende Wirtschaftsaufschwung gefährdet.

Gefahren für den Friedensprozeß

Fallstricke drohen viele. Nach einem Beschluß des Höchsten Gerichts vom 22. Oktober kann die Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga seit dem 5. Dezember jederzeit das Parlament auflösen. Das stärkt die Stellung der oppositionellen People's Alliance.

Gleichzeitig spaltet ein Streit den Sri Lanka Muslim Congress in zwei Fraktionen, von denen der gegen SLMC-Führer Hakeem gerichtete Flügel dem Friedens-

prozeß skeptisch gegenübersteht. Dieser umfaßt fünf der elf Vertreter des SLMC im Parlament. Bei einer Spaltung hätte die

Regierung nur noch eine hauchdünne Mehrheit und es könnte durchaus zu Neuwahlen kommen. Bisher behauptet Hakeem noch die Oberhand. Es besteht aber die Gefahr, daß militante muslimische Gruppen aktiv und mit Gewalt gegen eine Friedenslösung kämpfen werden. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Sinhalesen in Colombo, Chilaw, Puttalam und Galle forderten im November auf muslimischer Seite Todesopfer, Verletzte und den Verlust von Eigentum.

Die LTTE läßt eine Vielzahl von Demonstrationen gegen Einrichtungen der Sicherheits-

kräfte und die Belagerung von EPDP-Büros zu. Die Muslime sind aufgrund früherer Erfahrungen mit Tamilen gegenüber einer LTTE-Polizei sehr skeptisch eingestellt, zumal ihr bislang noch keine Muslime angehören. Auch unter den LTTE-Steuereintreibern leiden die Muslime, die auch sonst im Osten wirtschaftlich diskriminiert werden. Unter den LTTE-Steuern leiden allerdings auch die Tamilen. Widerstände gibt es aber auch von Seiten des buddhistischen Klerus, der allerdings gespalten ist. Mit schrillen Tönen, die bis zum Vorwurf, die USA seien ein Terrorstaat, gehen, prangert die JVP den Friedensprozeß an. Sie sieht in Norwegen einen Gehilfen der USA, der die Spaltung Sri Lankas betreibt und der LTTE einen Teil des Landes überlasse. Die marxistisch-stalinistische JVP unterhält enge Beziehungen zur sozialistischen irakischen Baat-Partei Saddam Husseins. Sie dominiert viele Studentenvereine an den Universitäten im sinhalesischen Siedlungsgebiet.

Wie in der Geschichte Sri Lankas schon geschehen, besteht zudem stets die Gefahr, daß auf Premierminister Ranil Wickremasinghe ein Attentat verübt wird. Gelänge dieses, könnte Sri Lanka trotz aller Fortschritte im Friedensprozeß schnell wieder in einen Bürgerkrieg versinken, in dem jeder gegen jeden kämpft.